

"Initiative 3. März" eingereicht

Autor(en): **ms**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **21 (1995)**

Heft 2

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-361771>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Feuer im Dach des NGO-Forums

sm/fb. In einem Brief des Eidgenössischen Gleichstellungsbüros vom 3. März 1995 wurde die Wahl der NGO-Vertreterinnen in die offizielle Delegation zur Session der UN-Frauenkommission in New York (15. März – 4. April 1995) bekanntgegeben. Vom Bundesrat nominiert wurden Maryse Durrer-Dupont von den katholischen Frauen, Regula Frey Nakonz von der Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke, Corinne Wacker vom Bund Schweizerischer Frauenorganisationen und die Nationalrätin Judith Stamm als Präsidentin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen. Die New Yorker Konferenz gilt als letzte Vorbereitungsstufe für die Weltfrauenkonferenz in Peking (4.–15. September 1995). Die Nomination von vier NGO-Frauen könnte als Erfolg für das unermüdliche Lobbying des NGO-Forums gedeutet werden. Könnte, wenn sich unter den mitreisenden Schweizerinnen auch eine Migrantin befände. Seit seiner Gründung Anfang 1994 ist es einer der zentralen Punkte im Programm des NGO-Forums gewesen, dass die Vertreterin einer Migrantinnenorganisation in der Schweiz bzw. der Tibetischen Frauenorganisation in die Regierungsdelegation mitaufgenommen wird. Die zwei vorgeschlagenen Kandidatinnen Zeedah Meierhofer-Mangeli (Women of Black Heritage) und Maud Lebert (FIZ), die von Seiten der Migrantinnen eine enorme Vorarbeit geleistet haben und auf eine Teilnahme hofften, sind jetzt jedoch nicht berücksichtigt worden. Die Argumentation, dass eine Nicht-Migrantin ihre Anliegen und Forderungen besser vertreten könne, klingt wie blanker Hohn in ihren Ohren. Zeedah Meierhofer schreibt in einer Stellungnahme: «Genau so, wie sich alle Frauen auf ihrem Weg zur Gleichberechtigung daran stossen, dass Männer in ihrem Namen sprechen, genau so stossen wir Migrantinnen uns daran, dass jemand anderes für uns spricht – im Wissen, dass wir weder stumm noch taub noch dumm sind.» Wie sollten z.B. die nominierten Frauen zur Verantwortung gezogen

werden können, wenn die Anliegen der Migrantinnen nicht diskutiert werden oder keine Beachtung finden? Nicht umsonst ist es das explizite Votum der Migrantinnen gewesen, der Regierungsdelegation anzugehören, um ihr Wissen und ihre Erfahrung direkt in die Diskussion einbringen zu können. Es steht zu befürchten, dass die Interessen einer Bevölkerungsgruppe ein weiteres Mal ignoriert oder lediglich durch die Brille der Machträgerinnen thematisiert werden. Um seiner Empörung Ausdruck zu verleihen, wurde im Auftrag des NGO-Forums inzwischen ein Brief an den Bundesrat verfasst, in dem nicht nur um eine Begründung der Nominierungen gebeten wird, sondern auch darum, auf die Nominierungsvorschläge des NGO-Forums zurückzukommen, um womöglich in die offizielle Delegation nach Peking doch noch eine Migrantin aufnehmen zu können. Von Seiten des Eidgenössischen Gleichstellungsbüros war bis Redaktionsschluss keine Stellungnahme zu erhalten. Die zuständigen Frauen waren bereits nach New York abgereist. Wenn Frauen daran festhalten wollen, eine andere Politik zu betreiben, wenn Feminismus als Projekt innerhalb eines lebensbejahenden und menschenwürdigen Weltbildes verstanden werden will, das sich nicht an den herrschenden Massstäben misst, dann sollten wir uns schleunigst aufmachen, Macht und Privilegien zu teilen, damit Zusammenarbeit und Solidarität nicht einfach wertlose Worthülsen werden. Oder, mit den Worten von Zeedah Meierhofer: «Wir Frauen in der Schweiz sollten unsere lokalen Differenzen in Ordnung bringen, bevor wir Peking angehen, denn diese Probleme werden auch nach Peking immer noch hier sein und auf eine Lösung drängen.»

«Initiative 3. März» eingereicht

ms. Dank eines fulminanten Endsprints ist die Initiative «für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden» zustande gekommen. Dem Einsatz der unermüdeten SammlerInnen ist es zu verdanken, dass der Verein «Frauen in den Bundesrat» am 21. März über 100 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei einreichen konnte, und dass der dritte Anlauf einer Quoteninitiative nicht ebenso wie ihre Vorgängerinnen nur als Petition endete. Zu tun bleibt dennoch genug: der Effort hat nicht nur Energie sondern auch Geld gekostet. Der Verein «Frauen in den Bundesrat» ist dringend auf finanzielle Unterstützung angewiesen, um das entstandene Defizit zu decken. Frauen in den Bundesrat, PC 60-9976-5.

Frauen an den Hochschulen

bü. Ende Februar fand in Bern eine Tagung zur Situation und den Perspektiven von Frauenforschung und Gender Studies an den Schweizer Hochschulen statt. Organisiert wurde der Anlass von der Konferenz der Frauenbeauftragten an den Schweizer Hochschulen und von der Programmleitung des Nationalen Forschungsprojektes «Frauen in Recht und Gesellschaft» (NFP 35). Das Angebot an frauen- und geschlechtsspezifischer Forschung und Lehre in der Schweiz hält dem europäischen Vergleich nicht stand. An den meisten Unis werden zwar Veranstaltungen mit frauen- oder geschlechtsspezifischen Themen angeboten. In der Regel sind diese jedoch an einzelne Personen, meist Assistentinnen oder Professorinnen, gebunden und somit nicht längerfristig garantiert. Die Schweizerische Hochschulkonferenz hat nun Frauenforschung und Gender Studies als Forschungsschwerpunkt in ihre Mehrjahresplanung aufgenommen. Für die Umsetzung sind finanzielle Mittel und Strukturen für die Koordination des